



Eidg. Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktionsstab  
3003 Bern  
[nina.taillard@seco.admin.ch](mailto:nina.taillard@seco.admin.ch) und  
[claudio.wegmueller@seco.admin.ch](mailto:claudio.wegmueller@seco.admin.ch)

Bern, 5. Sept. 2019

## **Stellungnahme zum Brexit-bedingten Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum Brexit-bedingten Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

**Zustimmung:** Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) stimmt der Genehmigung dieses Abkommens zu.

**Worum es geht:** Das Abkommen sichert die bestehenden Handelsbeziehungen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich, indem es die wirtschafts- und handelsrechtlichen Rechte und Pflichten, die in rund zehn Abkommen der Schweiz mit der EU geregelt sind, in ein einziges Abkommen mit dem Vereinigten Königreich „inkorporiert“. Es tritt allein in Kraft, falls das Vereinigte Königreich ohne Übergangsregelung aus der EU austritt («no-deal») oder die mit der EU getroffene Übergangsregelung («deal») nicht auf die Schweiz anwendbar wäre. Das Abkommen verhindert in diesem Fall, dass in den bilateralen Handelsbeziehungen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich ein rechtliches Vakuum entsteht. Angesichts der anhaltenden Unsicherheit berücksichtigt das Abkommen verschiedene Szenarien für das zukünftige Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. Verweist das Abkommen auf EU-Recht, so ist dieses auch nach dem Brexit anwendbar. Es sorgt damit und mit weiteren Bestimmungen für anhaltend binnenmarkt-ähnliche Verhältnisse. Das liegt im Interesse der Schweiz.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Theaterplatz 4  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

**Vollkasko-Mentalität führt zu unerwünschtem aussenpolitischem Signal:**

Aus europapolitischer Sicht ist das Abkommen nicht nur positiv zu beurteilen. Die Schweiz sendet damit aussenpolitisch das Signal aus, der Austritt lasse sich mit oder ohne „Deal“ einfach managen. Das hält die SP für eine Illusion. Denn Grundlage des vorliegenden Abkommens bildet das gute EU-Recht. Sogar Beschlüsse von Gemischten Ausschüssen Schweiz-EU bleiben weiterhin anwendbar. Soweit sich das EU-Recht weiterentwickelt, droht damit auch dem Abkommen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich die innere Erosion. Zudem haben sich bisher nur wenige Staaten dazu hergegeben, mit dem Vereinigten Königreich bilaterale Verträge auszuhandeln. Als Noch-EU-Mitgliedstaat ist dieses Land nicht befugt, formelle Vertragsverhandlungen mit Drittstaaten zu führen. Die Kompetenz zum Abschluss von Aussenwirtschaftsverträgen liegt allein bei der EU. Auch gegen diese Regelung wurde mit Sprachakrobatik verstossen. Die SP erwartet vor diesem Hintergrund grösstmögliche aussenpolitische Zurückhaltung in Bezug auf das vorliegende Abkommen.

**Mehrfache Neubeurteilung bleibt möglich:** Für die SP ist wichtig, dass das vorliegende Abkommen noch mehrfach neu beurteilt werden kann. Die SP hat in den zuständigen Parlamentskommissionen dessen vorläufigen Anwendung zugestimmt, damit der Bundesrat handlungsfähig bleibt. Die vorläufige Anwendung endet, wenn der Bundesrat nicht innerhalb von sechs Monaten ab Beginn der vorläufigen Anwendung der Bundesversammlung den Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Abkommens unterbreitet. Der Genehmigungsbeschluss untersteht seinerseits dem fakultativen Referendum, weil das Abkommen wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthält. Damit bleibt sichergestellt, dass auf der Zeitachse immer wieder eine demokratische Neubeurteilung möglich bleibt, was die SP begrüsst.

**Delegation zur Pflege der Beziehungen zum Parlament des Vereinigten Königreiches:** Zur Pflege der Beziehungen mit den Parlamenten der Nachbarländer hat die Schweizer Bundesversammlung Delegationen eingerichtet. Solche bestehen heute mit den Parlamenten von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Liechtenstein. Sollte es zum Brexit kommen, regt die SP die Schaffung einer Delegation der Bundesversammlung zum Parlament des Vereinigten Königreiches an. Die heute zu beobachtende spontane und manchmal etwas chaotische Pflege dieser Beziehungen durch selbsternannte ad-hoc-Delegationen ist nicht zielführend.

Wir danken für die Kenntnisnahme und grüssen Sie freundlich

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Peter Hug  
Politischer Fachsekretär